

An die Vorstände der jüdischen Gemeinden und Dachverbände sowie Vertreterinnen und Vertreter der unterstützenden Organisationen

Statements und Resultate des 1. Jüdischen Jugendparlaments der Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir möchten Sie mit diesem Schreiben über jewpa – das 1. Jüdische Jugendparlament der Schweiz und die daraus gewonnenen Erkenntnisse informieren. Am Sonntag, 31. März 2019 trafen sich über 50 junge jüdische Personen im Alter von 16 bis 35 Jahre im Grossratsgebäude des Kantons Aargau. Während acht Stunden debattierten sie über die wichtigsten Themen der jüdischen Gemeinschaft in den Bereichen Gemeindefstrukturen, Jugend, Religion, Politik und Finanzen.

Methodik



Das Programm wurde von einer vorbereitenden Kommission diskutiert und geplant. Zu dieser Gruppe zählten der Generalsekretär des SIG, ein Vorstandsmitglied der ICZ, ein Vorstandsmitglied der JLG, die ehemalige Vizepräsidentin der IGB sowie Studentenvertreter aus der Deutschschweiz und der Romandie. Zu ihren Aufgaben gehörte es, das Programm vorzubereiten und anhand der Erfahrungen aus den Gemeinden die Themengebiete zu setzen. Es wurde gewissenhaft darauf geachtet, dass keine persönlichen Meinungen oder inhaltliche Positionen einfließen, um die Resultate des Parlaments nicht zu verfälschen. Im Herbst 2018 wurden ausnahmslos alle SIG- und PLJS-Gemeinden über das Projekt in Kenntnis gesetzt und um Unterstützung gebeten. Gewisse Gemeinden haben den Aufruf gehört und ihre Unterstützung angeboten, von anderen kam trotz mehrfacher Kontaktaufnahme (Post, E-Mail, Telefon) keinerlei Reaktion.

jewpa wurde über alle möglichen Kanäle bekannt gemacht (u.a. Post- und Newsletter der Gemeinden, Facebook, Instagram, SIG-Newsmail, Medien und persönliche Kontakte), um möglichst allen Interessierten, den Zugang zu ermöglichen. Alle religiösen und politischen Strömungen des Schweizer Judentums wurden angesprochen und der Anlass stand allen offen. Dies ist für die Legitimation von entscheidender Bedeutung und entspricht den staatsrechtlichen Vorgaben zur demokratischen Kultur, welchen sich die Organisatoren verpflichtet fühlen.

Den Teilnehmenden wurde daher auch angeboten, die Fahrtspesen zurückzuerstatten und das Catering für die Veranstaltung war strikt koscher (unter der Aufsicht der IRGZ). Unterstützt und begleitet wurde der Prozess vom Generalsekretär und dem Leadership Manager des SIG. Am Sonntag wurden die jungen Erwachsenen von erfahrenen Politikern – darunter drei Nationalräte – unterstützt und in politischen Prozessen beraten. Zudem wurde die Religionskommission von einem orthodoxen Rabbiner begleitet, der Fragen beantworten konnte.



Den Teilnehmenden wurde daher auch angeboten, die Fahrtspesen zurückzuerstatten und das Catering für die Veranstaltung war strikt koscher (unter der Aufsicht der IRGZ). Unterstützt und begleitet wurde der Prozess vom Generalsekretär und dem Leadership Manager des SIG. Am Sonntag wurden die jungen Erwachsenen von erfahrenen Politikern – darunter drei Nationalräte – unterstützt und in politischen Prozessen beraten. Zudem wurde die Religionskommission von einem orthodoxen Rabbiner begleitet, der Fragen beantworten konnte.

Teilnehmer

Die 64 angemeldeten Teilnehmenden gehörten 12 jüdischen Gemeinden der Schweiz an. Die grösste Gruppe war jene aus der ICZ (Zürich), CILV (Lausanne) und CIG (Genf). Auch Kleingemeindemitglieder waren vertreten, darunter Personen aus den Gemeinden Baden, Winterthur, Fribourg, Solothurn sowie Bern. Die Anzahl der Teilnehmenden ohne Gemeindezugehörigkeit (darunter auch Expats) lag bei 20% und jene der liberalen Gemeinden bei 15%. Somit waren 65% der Teilnehmenden SIG-Gemeindemitglieder. Untervertreten waren die IGB (aufgrund einer Hochzeit in Basel) und die streng orthodoxen Gemeinden. Jedoch war keine Strömung übervertreten, da die 20% Nichtgemeindemitglieder unterschiedlichen Richtungen angehören.



Die Teilnehmerzahl lag leider etwas unter den Erwartungen (krankheitshalber mussten ein paar Personen kurzfristig absagen). Die Hauptgründe, sich erst gar nicht anzumelden, waren das grosse zeitliche Engagement (rund acht Stunden politische Arbeit an einem freien Sonntag), das noch unbekannt Format und die Annahme, dass sich danach «sowieso nichts ändert». Diese Politikverdrossenheit scheint bedenklich, denn es sollte im Interesse aller Beteiligten sein, die junge Generation anzuhören und sie aktiv am jüdischen Leben zu beteiligen.

Ziele

Das Ziel von Jewpa ist es, der kommenden Generation eine Stimme zu geben und sie zu ihrem jüdischen Leben und ihrer Stellung zu den Institutionen zu befragen. Die gewonnenen Informationen werden den Gemeinden und Dachverbänden mit diesem Dokument weitergeleitet. Jewpa hat **keine** Entscheidungskompetenz und es liegt an den einzelnen Gemeinden und Dachverbänden, ihre eigenen Schlüsse aus den Resultaten zu ziehen. Jewpa soll eine offene Plattform für Reflexion, Diskussion und freien Meinungsäusserung sein. Es gibt den Institutionen einen Einblick in die Gedankenwelt der Jugend und potentiellen Mitglieder. Auch finden sich darunter Gründe für die mangelnde Zufriedenheit oder das Ausschlagen einer Mitgliedschaft.



Ablauf und Resultate

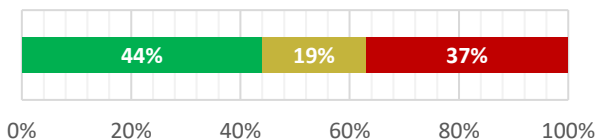
Die Teilnehmenden wählten zuerst die Parlamentspräsidentin, welche die Plenardebatte leitete und aufgrund der Unabhängigkeit nicht zu den Organisatoren gehören durfte. Danach wurden die fünf Themengebiete vorgestellt (Gemeindestrukturen, Jugend, Religion, Politik und Finanzen) und man konnte sich in eine der Kommissionen einschreiben. Diese bestimmten einen Vertreter aus ihrer Mitte, welcher die Kommission präsidierte. Die Organisatoren waren nicht Teil der Debatte und enthielten sich inhaltlichen Äusserungen. Zu jedem Themengebiet wurde den Teilnehmenden ein Factsheet zugestellt, welches eine Übersicht der aktuellen Situation in der Schweiz gibt. Die Kommissionen definierten selbständig ihre Schwerpunkte und machten zuhanden des Plenums Anträge. Dort wurde über ihre Vorschläge debattiert und schliesslich abgestimmt.



Im Folgenden werden die Forderungen und Abstimmungsergebnisse präsentiert und deren zugrundeliegenden Diskussionen kurz zusammengefasst:

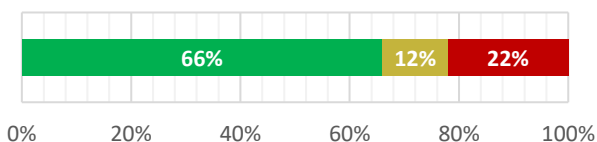
Gemeindestrukturen

Mit 44% angenommen: Forderung einer «Gemeindemitgliedschaft light» (mit eingeschränkten Rechten), welche nicht an den halachischen Status einer Person gebunden ist.



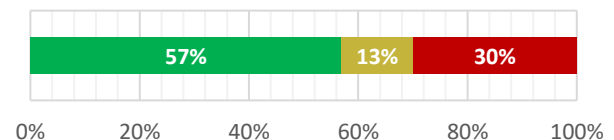
Die Diskussion drehte sich um die Gemeindemitgliedschaft für bzw. die Integration von nicht halachisch jüdischen Personen und Minderheiten (z.B. Vaterjuden, junge Gijur-Kandidaten etc.). Diese Gruppen fühlen sich den Gemeinden oftmals eng verbunden, haben aber teilweise keinerlei Möglichkeit, sich institutionell konstruktiv einzubringen.

Mit 66% angenommen: Mitglieder unter 35 Jahre sollen einen Steuererlass erhalten, wenn sie sich aktiv in der Gemeinde engagieren und Freiwilligenarbeit leisten.



Gemäss der Kommission sind die Mitgliederbeiträge für junge Erwerbstätige (besonders ohne Kinder) oft abschreckend hoch und die Freiwilligenarbeit für die Gemeinde wird zu wenig wertgeschätzt. Auch wenn jemand viel Zeit für ein Ehrenamt in der Gemeinde aufwendet, muss er/sie zusätzlich zum zeitlichen Aufwand und der fehlenden Entschädigung den vollen Mitgliederbeitrag bezahlen. Für Freiwilligenarbeit wurde daher eine Steuerreduktion gefordert. Der Zusatz „unter 35 Jahre“ wurde gemäss Mehrheitsentscheid im Plenum hinzugefügt, um Studierende und Berufseinsteiger mit niedrigem Einkommen zu entlasten.

Mit 57% angenommen: Die Gemeinden sollen den Umgang mit potentiellen Jungmitgliedern überdenken und aktiv auf sie zugehen. Sie sollen durch die Gemeinde besser informiert und abgeholt werden.

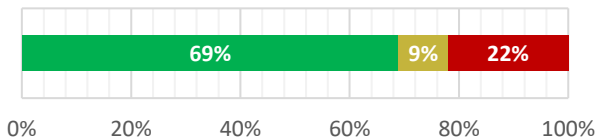


Es ging um den Umgang mit potentiellen Jungmitgliedern (besonders in der Romandie) und dass eine Mitgliedschaft oft ungenügend präsentiert wird. Nach den Jugendbünden sind die 18-Jährigen oftmals nicht mehr Teil des Gemeindelebens. Stattdessen sollten bereits die Kontakte der Minderjährigen

registriert und bei Erreichen der Volljährigkeit umgehend persönlich angesprochen und beispielsweise zu einem Neumitgliederanlass eingeladen werden.

Jugend

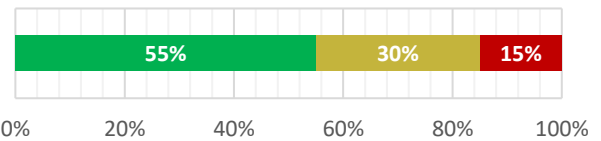
Mit 69% angenommen: Der SIG solle eine nationale Plattform schaffen, in der alle Jugendorganisationen wie Studenten oder Jugendleiter vertreten sind. Ein professionelles Team solle nationale Grossevents in Kooperation mit Organisationen und Gemeinden organisieren (Vorbild Deutschland).



In der Diskussion wurde kritisiert, dass die unterschiedlichen Organisationen zu wenig zusammenarbeiten und oft die Lokalpolitik ein Hindernis ist (Beispiel die Auseinandersetzungen in Genf zwischen Studentenverband und CIG). Ausserdem seien die Gelder oft an Bedingungen geknüpft sind, die zu eng seien. Weiter solle ein besserer Übergang zwischen Jugendbünden und Erwachsenenalter geschaffen werden. Für die geforderte Grosseveranstaltung wird der Jugendkongress oder die Jewrovision (beide vom Zentralrat der Juden in Deutschland organisiert) als Vorbild genommen. Dieser solle jungen Menschen aus allen Gemeinden offenstehen (der JUKO wird sowohl von liberalen wie auch orthodoxen Gemeinden getragen). Solche Grossevents seien in der Schweiz möglich und wie der Purim-Schabbaton mit 600 Teilnehmenden gezeigt habe, auch gefragt. Ebenfalls wurde das schwache Angebot für junge Erwachsene in den liberalen Gemeinden kritisiert.

Religion

Mit 55% angenommen: Erstens, eine (religiös eingeschränkte) Mitgliedschaft oder dergleichen für nichtjüdische Partner von Gemeindemitgliedern. Zweitens, die Erleichterung bei Gijurim von minderjährigen Vaterjuden, welche eine jüdische Erziehung genossen haben (z.B. Gijur Katan, Bar/Bat-Mitzwa-Kurs). Drittens, generell mehr Transparenz beim Gijur-Prozess durch die Gemeinden.



Die Themen waren umstritten, jedoch war eine Mehrheit für mehr Transparenz und klarere Regeln im Umgang mit Gijurim. Die Rabbiner sollen offen informieren, was die Anforderungen sind. Ebenfalls sollen Kinder aus gemischt-religiösen Beziehungen besser integriert und proaktiv auf ihrem Weg hin zum Judentum unterstützt werden. Eine Öffnung der Gemeinden für Konversionen solle aber unter Wahrung der jüdischen Tradition und Religion erfolgen.

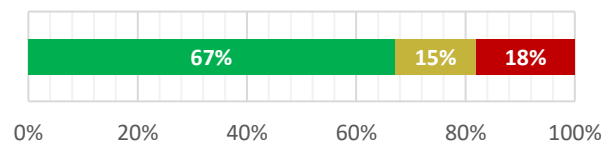
Abgelehnt wurde bereits in der Kommission, dass Kinder mit nur einem jüdischen Elternteil väterlicherseits direkt anerkannt werden sollten.

Die Mindermeinung war, dass die rein mütterliche Abstammung heute nicht mehr zeitgemäss sei.



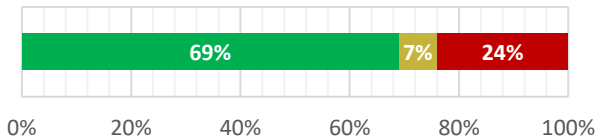
Politik und Forderung an SIG/PLJS

Mit 67% angenommen: Die Zusammenarbeit von SIG und PLJS auf politischer Ebene solle durch die Schaffung eines gemeinsamen Labels gestärkt werden, um in der Öffentlichkeit mit einer Stimme für alle Schweizer Juden aufzutreten.



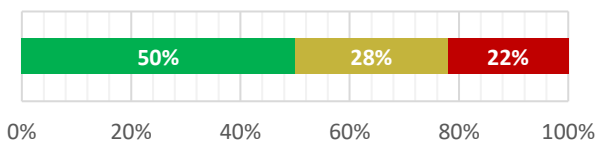
Die Schweizer Juden sollen geschlossen gegen aussen auftreten. Die unterschiedlichen Logos und Institutionen würden Politik und Bevölkerung verwirren und eine Trennung aufzeigen. Innerjüdische Streitigkeiten sollen nicht gegen aussen getragen werden.

Mit 69% angenommen: SIG und PLJS sollen vermehrt auch innerjüdisch aktiv werden und Projekte auf lokaler Ebene unterstützen.



Die Dachorganisation machen fast nur Politik und Öffentlichkeitsarbeit, aber kaum innerjüdische Projekte. Die Dachorganisationen sollen vermehrt auch gemeinsame Projekte der Gemeinden aktiv unterstützen, um so ein grösseres nationales Angebot für alle Mitglieder zu schaffen und die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zu stärken.

Mit 50% angenommen: SIG und PLJS sollen eine Charta verabschieden, welche Werte durch die beiden Dachverbände vertreten werden.

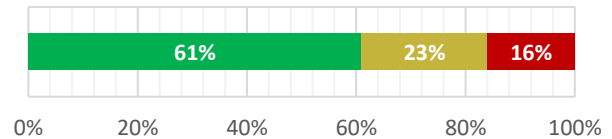


Die Diskussion dahinter ist die politische Haltung der Dachverbände im Gegensatz zu den unterschiedlichen Haltungen der Mitglieder und Gemeinden (z.B. in Bezug auf Schweizer Abstimmungen). Die Charta solle die Haltung der jüdischen Gemeinschaft zu gesamtgesellschaftlichen Themen widerspiegeln und den Dachorganisationen eine Ausrichtung geben. Dies um zu verhindern, dass die Haltung des jeweiligen Vorstandes bzw. der Geschäftsleitung statt jener der Basis die Handlungen der Dachverbände prägt.

Finanzen

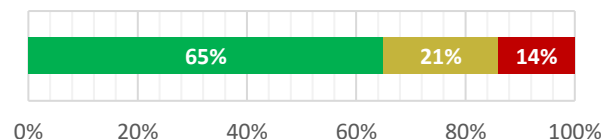
Mit 61% angenommen: Die Gemeinden sollen verschiedene Mitgliederpakete mit unterschiedlichen Angeboten und Tarifen schaffen und nicht gemäss dem «Alles-oder-Nichts-Prinzip» vorgehen. Hierfür sollen die Gemeinden ihre Mitglieder befragen, welche Dienstleistungen für sie höchste Priorität haben und in einem Basis-Angebot enthalten sein müssen. Zudem sollte ein «Stresstest» gemacht

werden, auf welche Dienstleistungen zugunsten eines ausgeglichenen bzw. halbierten Budgets verzichtet werden könnte.



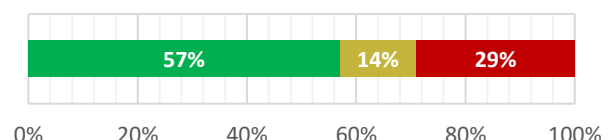
Die Kommission findet es nicht nachvollziehbar, dass Mitglieder mit sehr wenig Ansprüchen (z.B. junge Erwachsene ohne Kinder) das gesamte Angebot von dem sie kaum profitieren mitfinanzieren müssen. Bei einer zu hohen Kosten-Nutzen-Differenz würden diese Personen dann komplett auf eine Mitgliedschaft verzichten. Eine gewisse Solidarität innerhalb der Gemeinde sei zwar nötig, wenn es jedoch optionale Zusatzangebote gibt, sollten jene mehr zahlen, welche diese Infrastruktur bzw. die Angebote auch stärker nutzen. (Kommentar: die JGB mit dem Assoziiertenprogramm könnte als Vorbild dienen).

Mit 65% angenommen: Es sollte geprüft werden, welche Dienstleistungen, die aktuell komplett kostenlos bzw. vollständig subventioniert sind (z.B. Kindergarten oder Schule) teilweise durch Gebühren finanziert werden können und welchen entlastenden Effekt dies auf die Gemeindesteuern hat.



Ein Beispiel ist der ICZ Kindergarten, welcher für alle Mitglieder gratis zu Verfügung steht und mittlerweile ein viel umfangreicheres Angebot bietet und dadurch stark gewachsen ist. Ein kleiner Teil der Gemeinde profitiert dadurch überproportional stark.

Mit 57% angenommen: Die Gemeinden sollen bei einer Übernahme der Sicherheitskosten durch den Staat die Mitgliedergebühren senken.



Weiteres Vorgehen

Dieses Papier wird allen jüdischen Gemeinden und Dachverbänden sowie den Delegierten und dem Centralcomité des SIG zugestellt. Wir hoffen, dass sie die Resultate des 1. Jüdischen Jugendparlaments als hilfreich bei der Ausgestaltung der Zukunft ansehen und die darin geäusserten Ideen offen diskutiert und geprüft werden. In den Medien (u.a. Tachles, Aargauer Zeitung, kath.ch und Tele M1) wurde die Initiative sehr gelobt und auch die Reaktionen der Teilnehmenden (mündliches und schriftliches Feedback) waren grossmehrheitlich sehr positiv. So gaben in der Befragung eine Woche nach dem Anlass 81% der Teilnehmenden an, dass sie jewpa einem Freund empfehlen würden.

Wir wünschen uns, dass die Meinungen, Wünsche und Ideen der jungen Erwachsenen ernstgenommen werden und weisen an dieser Stelle nochmals daraufhin, dass diese Resultate für die Gemeinden und Dachverbände lediglich informativer Natur sind und jede Organisation daraus ihre eigenen Schlüsse ziehen soll. Das 1. Jüdische Jugendparlament der Schweiz soll ein Ort der freien Meinungsäusserung und offener Diskussionen sein. Aus diesem Grund wurde der Prozess auch von externen Fachpersonen aus der Politik begleitet. Die Organisatoren haben daher keinen Einfluss auf die Debatte genommen.

Mehr Informationen

Auf unserer Webseite finden Sie das detaillierte Programm, die Namen aller Organisatoren und politischen Berater sowie Pressemeldungen: www.jewpa.ch

Dank

Abschliessend möchten wir uns bei allen Beteiligten, welche das jewpa – das 1. Jüdische Jugendparlament der Schweiz finanziell, ideell, operationell oder beratend unterstützt haben ganz herzlich bedanken. Unser Dank geht auch an die jüdischen Gemeinden und Dachverbände, den Kanton Aargau alle weiteren Sponsoren.



MH/MF, 8. Mai 2019